

Neu erschienen

Mieterecho

Mit 3.400 Wohnungen jährlich bleiben die sechs landeseigenen Berliner Wohnungsbaugesellschaften hinter ihren selbstgesteckten Zielzahlen (6.000) für den Bau bezahlbarer Wohnungen zurück. Um eine »soziale Wohnversorgung« zu gewährleisten, so Andrej Holm in der aktuellen Ausgabe des Magazins der Berliner Mietergemeinschaft, sei ein Umbau der landeseigenen Wohnungswirtschaft notwendig. In einem weiteren Artikel legt der Autor die gesetzlichen Grundlagen für die Berliner Wohnraumversorgung dar und zeigt deren Grenzen bei der politischen Steuerung der privatrechtlich organisierten Wohnungsbaugesellschaften auf. Joachim Maiworm klärt am Beispiel der Auswahl der Aufsichtsräte darüber auf, dass eine gemeinwohlorientierte Steuerung der öffentlichen Gesellschaften politisch gar nicht gewollt ist. Die Berufung von »wirtschaftsnahen« SPD-Funktionären, vornehmlich westdeutschen Managern und Wirtschaftsprüfern, Sorge dafür, dass Reibereien zwischen den Kontrollgremien und dem Management der Wohnungsunternehmen verhindert werden. Dass die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sich um lukrative Kapitalanlagen für Investoren sorgen, macht Rainer Balcerowiak deutlich. Im Rahmen von zahlreichen Unternehmensbeteiligungen treten sie beispielsweise als Spezialisten bei der Verwaltung und dem Verkauf von Eigentumswohnungen auf. (jW)

Mieterecho. Zeitung der Berliner Mietergemeinschaft, Nr. 412/Oktober 2020, 32 Seiten, kostenlos, Bezug: Berliner Mietergemeinschaft e. V., Möckernstr. 92, 10963 Berlin, E-Mail: me@bmgev.de

SoZ

Albrecht Kieser fordert in der *SoZ* die politische Linke auf, »endlich offen« über die gesellschaftliche Krise zu diskutieren, »die das Coronamanagement hervorgerufen hat«. Es sei höchste Zeit, »sich aus dem Lockdown des kritischen Verstandes zu befreien«. Özlem Demirel schreibt über die von der EU-Kommission angekündigte »Mindestlohninitiative«. Erforderlich sei, die Debatte darüber nicht nur in der »EU-Blase« zu führen, da der Vorschlag der Kommission »Einfluss auf das Leben aller abhängig Beschäftigten haben wird«. Manfred Dietenberger setzt seine Serie über den Autozulieferer ZF Friedrichshafen fort. Ingo Schmidt schreibt über die US-Präsidentenwahlen und die Suche nach einem »Insolvenzverschlepper«. (jW)

SoZ - Sozialistische Zeitung, Jg. 35/Nr. 11, 24 Seiten, 3,50 Euro, Bezug: Verein für solidarische Perspektiven e. V., Regentenstr. 57-59, 51063 Köln, E-Mail: redaktion@soz-verlag.de

<https://www.jungewelt.de/artikel/390096.neu-erschienen.html>